

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Chirac in Spanien

Der französische Premierminister Jacques Chirac ist am Donnerstag zu einem kurzen Arbeitsbesuch in Spanien eingetroffen. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen Fragen der Terrorismusbekämpfung, der Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft seit dem spanischen Beitritt am 1. Januar und mögliche spanische Rüstungskäufe in Frankreich (Panzer).

Streit um Abrüstungschancen nach Reykjavik

Die Regierungskoalition und die Opposition im Deutschen Bundestag schätzen die Chancen für mehr Abrüstung und Rüstungskontrolle nach dem Treffen von US-Präsident Ronald Reagan mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow in Reykjavik unterschiedlich ein. In einer Regierungserklärung über seine Gespräche mit Reagan in Washington hielt Bundeskanzler Helmut Kohl am Donnerstag im Parlament als Folge von Reykjavik vier konkrete Abrüstungsabkommen in der nächsten Zeit für erreichbar. SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hingegen vertrat die Auffassung, dass in der isländischen Hauptstadt eine historische Chance vertan worden sei.

Verglühende Trägerrakete als riesiger Feuerball

Eine in der Atmosphäre verglühende sowjetische Trägerrakete ist am Mittwochabend im Westen der USA wie ein riesiger Feuerball am Himmel erschienen. Nach Augenzeugenberichten war der Feuerball zehnmal grösser als der Mond und leuchtete etwa 45 Sekunden auf. «Es war, als fielen 100 Sterne zur selben Zeit», sagte ein Augenzeuge. Einem Militärsprecher in Colorado Springs zufolge hatte die Trägerrakete einen Satelliten ins Weltall befördert. Der Feuerball ist in mehreren westlich gelegenen US-Staaten gesehen worden.

Jahresteuierung weiter zurückgegangen

Der Landesindex der Konsumentenpreise in der Schweiz und in Liechtenstein ist im Oktober im Vergleich zum Vormonat praktisch stabil geblieben und erreichte den Stand von 108,1 (Dezember 1982 = 100) Punkten. Innert Jahresfrist betrug die Teuerung 0,4 Prozent, verglichen mit 0,6 Prozent im September und 3,0 Prozent im Vorjahr. Damit resultierte im Oktober die tiefste Jahresrate seit Oktober 1978 mit ebenfalls 0,4 Prozent, wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) am Donnerstag mitteilte.

Der Rückgang der Jahresteuierung trotz eines stabilen Indexes wird auf den sogenannten Basisseffekt zurückgeführt, das heisst die Tatsache, dass diesmal der Landesindex nicht anstieg, während er im Oktober um 0,2 Prozent zugenommen hatte. Die Stabilität der Monatsteuerung ist das Resultat von gegensätzlichen, sich in ihren Auswirkungen auf den Totalindex ausgleichenden Preisbewegungen.

Verbesserung der Fahrqualität im Vordergrund Landes-TV-Kanal

Information über mögliche Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs – Fragezeichen Nulltarif

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs im Fürstentum Liechtenstein sollte vor allem über Verbesserungen der Fahrqualität erfolgen, aus denen langfristig eine geänderte Einstellung gegenüber den Postautos resultieren könnte. Diese Auffassung vertrat in einem Referat der Vertreter der Firma Metron, Hannes Müller, die Richtlinien und Thesen für eine neue Verkehrspolitik zu Händen einer von der Regierung eingesetzten Kommission ausgearbeitet hat. Die von der Erwachsenenbildungsstelle organisierte Veranstaltung wird am kommenden Mittwoch mit einem Podiumsgespräch fortgesetzt.

«Spurenwechsel in unserer Verkehrspolitik» lautete der anspruchsvolle Titel der Veranstaltung im Bildungshaus Stein-Egerta. Das Spurenwechsel in einer sehr stark auf das private Motorfahrzeug fixierten Gesellschaft nicht so rasch und problemlos möglich sind, konnten die recht zahlreichen Teilnehmer, von denen sich nur drei als regelmässige Benutzer der Postautos zu erkennen gaben, bald in Erfahrung bringen. Ein neues Verkehrskonzept verlangt nach den Ausführungen des Referenten, der sich eingehend mit der Problematik der öffentlichen Verkehrsförderung auseinandergesetzt hat, eine ganzheitliche Sicht sowie eine Reihe von Massnahmen, die längerfristig ein

Umdenken in der Gesellschaft zu bewirken vermögen.

Problem der Streusiedlungen

Jeder «Spurenwechsel» hat von der Tatsache auszugehen, dass in unserem Land am Morgen, am Mittag und am Abend während kurzer Zeit hohe Nachfragespitzen für Verkehrsleistungen vorhanden sind. Alle Verbesserungen, die zur Förderung des öffentlichen Verkehrs beitragen sollten, müssen sich demnach an der Bewältigung von kurzfristig auftauchenden Nachfragesituationen orientieren, die begleitet werden von den Problemen der in unserem Land ausgeprägten Streusiedlungen. Aufgrund dieser Ausgangsposition erklärte Hannes Müller, dass alle Forderungen nach neuen Bahnsystemen, Tarifvergünstigungen oder Nulltarif, nach neuen Betriebsformen oder nach Betriebsverbesserungen keinen wesentlich höheren Zuspruch zu Gunsten der Postautos bringen würden.

Qualitätsverbesserung im Vordergrund

Nach seiner Auffassung müssen Strategien entwickelt werden, um die Angebotsqualität zu erhöhen, die sowohl den Anmarschweg zur Haltestelle, das Umsteigen und den Aufenthalt als auch die Fahrqualität und den Fahrhythmus umfassen. Der Vorschlag eines Taktfahrpla-

nes, der unsere Ortschaften im Talgebiet, und teilweise auch im Berggebiet, mit einem Netz von Anschlüssen und Verbindungen versieht, liegt bereits vor. Zusätzlich unterbreitete der Metron-Experte Vorschläge zur Gestaltung von Haltestellen für die Postautos, die auch optisch den Vorzug des öffentlichen Verkehrs unterstreichen würden. Das Auto als individuelles Verkehrsmittel aber hat, betonte Müller, weiterhin seinen Platz in der Gesamtverkehrsschau, nur komme ihm in den Vorstellungen der Zukunft nicht mehr die heutige dominierende Rolle zu.

Fragezeichen zum Nulltarif

Hinter den Nulltarif setzte Müller, der in der Diskussion darauf angesprochen wurde, ein Fragezeichen, da nach «einer Ansicht jede Verkehrsleistung entsprechend honoriert werden sollte. Ablauftechnisch biete der Nulltarif mit dem Wegfall der Billetaushabe im Fahrzeug zwar gewisse Vorteile, doch könnten diese Vorteile auch durch andere Massnahmen erreicht werden. Der zweite Teil der Veranstaltung, die am kommenden Mittwoch im Rahmen einer Podiumsdiskussion stattfindet, wird sicherlich weiteren Aufschluss über den öffentlichen Verkehr und dessen Förderung geben.

(G.M.)

Keine weitere Annäherung der beiden Grossmächte

Shultz und Schewardnadse ohne greifbaren Ergebnisse an der KSZE-Konferenz in Wien

Wien (AP) Die zweitägigen Aussenministergespräche der beiden Grossmächte am Rande der dritten KSZE-Folgekonferenz sind gestern Donnerstag in Wien ohne greifbares Ergebnis zu Ende gegangen. Der amerikanische Aussenminister George Shultz erklärte kommentarlos, aber sichtlich enttäuscht, dass es in seinen fünfstündigen Gesprächen keine der erhofften Fortschritte in den Abrüstungsfragen gegeben habe. Der sowjetische Aussenminister Eduard Schewardnadse warf beim Abflug nach Moskau den USA ebenso enttäuscht vor, hinter die Positionen von Reykjavik zurückgegangen zu sein.

Beide Seiten kamen überein, ein neues Aussenministertreffen zu gegebener Zeit und bei Aussicht auf Fortschritte zu vereinbaren. Nach einem amerikanischen Vorschlag sollten die Experten beider Seiten auch während der offiziellen Verhandlungspause der Genfer Gespräche über die Jahreswende versuchen, in den offenen Fragen des Abrüstungskomplexes voranzukommen. Unabhängig von dem enttäuschenden Ausgang in Wien wollen inzwischen die Sowjets in Genf ihre Vorschläge einbringen.

Festhalten an SDI

Shultz hat nach seinen Angaben Schewardnadse auch den Wunsch übermittelt, dass bei allen bilateralen Begegnungen künftig auch die Fragen der Menschenrechte behandelt und auch die Fragen einer Zusammenarbeit in der zivilen

Raumfahrt, bei der Kernfusion, im Verkehrswesen und in Energiefragen weiterverfolgt werden sollten. Er schlug zugleich eine neue Runde der Gespräche beider Mächte über Krisenherde vor. Bezüglich der Rüstungskontrollpunkte von Reykjavik seien die USA habe sich jedoch der amerikanischen Wunsch nicht erfüllt, weiter voranzukommen.

Erörtert wurden nach seinen Angaben die strategischen Nuklearwaffen, die Mittelstreckensysteme, das C-Waffenverbot, die Verifikation und das Paket von Reykjavik. Zur Frage eines atomaren Teststopps wiederholte Shultz die Bereitschaft, parallel zu der Reduktion der Atomwaffen schrittweise die Atomversuche einzuschränken.

Erklärung von Regierungschef Hans Brunhart in Wien

Bei der Eröffnung der KSZE-Nachfolgekonferenz hatte auch Regierungschef Hans Brunhart das Wort ergriffen und nach einer Bewertung der bisherigen Treffen folgendes ausgeführt:

«Der Strom der Aktivitäten (Nachfolgetreffen und Expertengespräche) sollte nicht nur zur Panierflut werden. Die KSZE bleibt tot, solange sie nicht den Menschen in unseren Ländern spürbare Erleichterungen ihrer Lage, Freude über freiere Formen des Kontaktes, neue Möglichkeiten der Information und der Zusammenarbeit, ungehinderte Ausübung ihrer Religion bringt. In diesem Sinne wissen sich die Bürger und Bürgerinnen unseres Landes auch besonders

jenen Menschen verbunden, die oft unter schwierigen Umständen die Verwirklichung der Schlussakte und besonders des sogenannten dritten Korbes in ihren Ländern fordern.

Die KSZE wird in Zukunft nicht allein dadurch gewinnen, dass weitere Konferenzen veranstaltet werden, sondern dadurch, dass die Beschlüsse von Helsinki und Madrid respektiert und verwirklicht werden.

Das Wiener Treffen hat das Ergebnis der Konferenz von Stockholm, deren erste Phase mit dem 19. September noch nicht abgeschlossen ist, zu bewerten. In Stockholm konnten auf dem Gebiet der vertrauensbildenden militärischen Massnahmen und ihrer Überprüfbarkeit begrüssenswerte positive Schritte gesetzt werden. Es sind aber auch entscheidende vertrauensbildende Massnahmen und ihre Überprüfbarkeit in der Praxis auf dem Gebiet der familiären Beziehungen, der Besuche und Reisen, der Arbeitsbedingungen für Journalisten, der Kulturschaffenden etc. zu fordern.

Als Vertreter eines neutralen europäischen Kleinstaates erwarte ich mir in erster Linie von diesen Massnahmen einen gleichmässigen Fortschritt des KSZE-Prozesses. Wenn man einseitig an Abrüstung denkt, werden nur Interessen der Grossmächte den Dialog bestimmen. Die KSZE muss aber eine Konferenz gleichberechtigter Nationen bleiben, wenn sie ihren Grundsätzen treu bleiben und ihre Ziele erreichen will.»

(pafl) – Gemäss den Statuten der Liechtensteinischen Gross-Gemeinschaftsantennenanlage (LGGGA) stehen dem Land ein Fernseh- und ein UKW-Kanal für die Information auf Landesebene zur Verfügung. Die mit einer allfälligen Nutzung dieses Landeskansals verbundenen Möglichkeiten einer raschen Information der Bevölkerung haben die Regierung bewogen, ein entsprechendes Projekt ausarbeiten zu lassen. Wie aus einem der Regierung vorliegenden Bericht der LGGGA hervorgeht, sind im Versorgungsgebiet der Gross-Gemeinschaftsantennenanlage derzeit rund 6800 Haushaltungen in den Gemeinden des Liechtensteiner Oberlandes und in den beiden Unterländer Gemeinden Gamprin und Ruggell angeschlossen.

Das von der Regierung in Auftrag gegebene Projekt soll Aufschluss darüber geben, unter welchen Voraussetzungen auch die nicht der LGGGA angeschlossenen Gemeinden Eschen/Nendeln, Mauren/Schaanwald und Schellenberg von einer allfälligen Nutzung des Landeskansals profitieren können. Es erscheint der Regierung in diesem Zusammenhang wesentlich, dass möglichst alle Haushaltungen des Landes über den Landeskansal Informationen empfangen können, zumindest sollte eine entsprechende Empfangsmöglichkeit angeboten werden können. Erst damit könnte dieses neue Medium den von der Regierung gestellten Anforderungen im Sinne einer raschen Information der gesamten Bevölkerung aus aktuellem Anlass entsprechen. Die Dringlichkeit dieses Anliegens haben verschiedene Ereignisse der letzten Zeit deutlich vor Augen geführt. Die Regierung hat deshalb die Projektierung eines Landeskansals als vordringliche Sofortmassnahme – noch vor dem Vorliegen des Schlussberichtes der Medienkommission – in Auftrag gegeben.

Mehr Baubewilligungen

Im 3. Quartal 1986 wurden gemäss Baustatistik mehr Bewilligungen erteilt, die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum jedoch ein kleineres Bauvolumen und einen niedrigeren Bauwert umfassen.

Zwischen Juli und September wurden insgesamt 158 (115) Bauobjekte bewilligt, die ein Bauvolumen von 132 546 (271 600) Kubikmeter aufweisen und deren Wert nach den Kostenvoranschlägen 49,3 (55,8) Millionen Franken beträgt. Von den Voranschlagskosten entfallen 40,3 Millionen Franken auf private Kostenträger und 9 Millionen Franken auf die öffentliche Hand. Vom bewilligten Bauvolumen von 132 546 Kubikmeter zählen 71 835 Kubikmeter zu Wohngebäuden und 60 771 Kubikmeter zu Arbeitsgebäuden.

Von den 158 Baubewilligungen entfallen 61 auf Neubauten und 97 auf Veränderungsbauten wie Umbau, Anbau, Abbruch, Teilabbruch oder Abbruch mit Wiederaufbau.



An der Eröffnungsfeier der KSZE-Konferenz in Wien nahm auch eine liechtensteinische Delegation teil. Auf unserem Bild sind – von links – zu erkennen: Claudia Frische, Graf Ledebur, Regierungschef Hans Brunhart, Roland Matt und Bernadette Brunhart.

Tebiva
Richard Biedermann
Büromöbel
Teppiche
Inneneinrichtungen
9490 Vaduz · Kirchstrasse 59
Telefon 075/234 29

7.
TRIESENBERGER
WEIHNACHTSMARKT
28./29./30. November